Übersicht Wahlprogramme 2017 der Parteien: Ausschnitte zur Weiterbildung

SPD	**4.4 Wir setzen auf lebensbegleitendes Lernen.** Unser Ziel ist die Förderung hochwertiger Angebote des lebensbegleitenden Lernens für alle, in jedem Umfeld und auf allen Bildungsstufen. Wir wollen damit die Chancen des Einzelnen auf Teilhabe an der Gesellschaft und auf ein selbstbestimmtes Leben verbessern und gleichzeitig den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Ausgrenzung wollen wir konsequent zurückzudrängen. Dies schließt den chancengleichen Zugang zu hochwertiger beruflicher Bildung und Weiterbildung ein. Wir wollen flexible Bildungswege bereitstellen. Dazu zählen für uns auch die Abendrealschulen und die Weiterbildungskollegs. Wir sorgen für die Anerkennung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die durch außerschulische und informelle Bildung erworben wurden. Auch bei der Integration von Geflüchteten spielt die Weiterbildung eine zentrale Rolle. Neben Maßnahmen für den Spracherwerb sind die Einrichtungen der Weiterbildung für Alphabetisierungsangebote, Integrationskurse und nachholende Schulabschlusskurse der Sekundarstufe I unverzichtbar. Dank digitaler Medien wird Lehren und Lernen orts- und zeitunabhängiger, individuelle Lernvoraussetzungen können stärker berücksichtigt werden. Sowohl in den Inhalten als auch in den Lernformen stellt die Digitalisierung einen wesentlichen inhaltlichen Aspekt der Weiterbildung dar. In der Arbeitswelt entstehen neue Formen der Zusammenarbeit über die Grenzen von Organisation, Ort, Zeit und Fachbereich hinweg. Allen Menschen muss deshalb der Zugang zu digitaler Bildung und Information offenstehen. Die insbesondere in den letzten Jahren deutlich gewachsene Verantwortungsrolle von Weiterbildung für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, verlangt nach einer soliden und angemessenen Grundausstattung und Planungssicherheit. Die Stärkung der Volkshochschulen ist dabei ein wichtiger Aspekt, damit auch Erwachsene auf ein breites Bildungsangebot zurückgreifen können. Wir werden deshalb: ■ Unsere finanziellen Anstrengungen für die Weiterbildung stärken. Die bereits erhöhten Mittel, die das Land für die Strukturen der Weiterbildung aufbringt, werden wir fortschreiben, den Konsolidierungsbeitrag komplett zurücknehmen und die Förderung an die allgemeine Gehaltsentwicklung anpassen. ■ Unser Weiterbildungssystem modernisieren. Das Weiterbildungsgesetz werden wir gezielt modernisieren und weiterentwickeln. Dabei werden wir die Aufgabenbereiche der Digitalisierung und der Arbeit mit bildungsfernen Menschen stärker in der Förderung abbilden. Um insbesondere bildungsferne Schichten besser zu erreichen, 51 werden wir bei den Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung eine Weiterbildungsberatung ansiedeln, die die örtlichen Angebote erfasst und vernetzt sowie über das Instrument der aufsuchenden Beratung verfügt. Wir wollen Angebote entwickeln, die Alphabetisierung und Grundbildung dauerhaft und nachhaltig gemäß unseres Verständnisses einer breit gefassten Weiterbildung verankern. ■ Die Weiterbildung auf das digitale Zeitalter einstellen. Im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie Weiterbildung werden wir die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und neue Lernformen auf den Weg bringen. Die erfolgreiche Plattform Logineo NRW werden wir dazu weiterentwickeln. ■ Für gute Arbeit in der Weiterbildung eintreten. Wir wollen eine bessere Bezahlung von freiberuflichen Weiterbildungslehrerinnen und -lehrern erreichen. Gemeinsam mit Kommunen, Gewerkschaften und Dozentenvertretungen werden wir prüfen, ob und wie ein System der sozialen Absicherung für Dozentinnen und Dozenten mit arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung entwickelt werden kann. **9.4 Wir stehen auf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus.** Nordrhein-Westfalen lebt Vielfalt in guter demokratischer Tradition. Ein tolerantes und solidarisches Miteinander ist die Grundlage für Zusammenhalt. Wir wollen

	diese Haltung insbesondere an die nächsten Generationen weitertragen. In der Demokratieerziehung leisten die Landeszentrale für politische Bildung, Schulen, Hochschulen, Bildungseinrichtungen, die außerschulische Jugendarbeit, Vereine und Verbände einen wichtigen Beitrag, um insbesondere junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen. Angesichts der aktuellen Herausforderung der Integration von Flüchtlingen, erbringen die Einrichtungen politischer Bildung aktuell auch einen bedeutenden Beitrag bei der Vermittlung demokratischer Werte und Prozesse an Geflüchtete. Mit unserem umfassenden Handlungsprogramm fördern wir strukturiert die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus. Die Ausweitung der Förderung kommunaler Initiativen gehört genauso dazu wie die Stärkung der Opferberatungsstellen Rheinland und Westfalen, der fünf Mobilen Beratungen sowie des Ausstiegsprogramms NINA NRW und des Verfassungsschutzes. Wir werden deshalb: ■ Die politische Bildungsarbeit stärken. Die Landeszentrale für politische Bildung wollen wir aufwerten und mit einem Kuratorium öffnen. Wir handeln nach dem Prinzip Politische Bildung für alle. Gesellschaftliche Ungleichheit und geringe politische Partizipation hängen zusammen. Deshalb werden wir neue Formate der Ansprache in 100 der politischen Bildung entwickeln und dort ansetzen, wo die Menschen sind, nämlich im Quartier. Wir setzen verstärkt auf aufsuchende politische Bildung, die sozialraumorientiert arbeitet und Akteure vernetzt. ■ Die Erinnerungskultur fördern. Wir wollen die Erinnerungskultur stärken und angesichts immer weniger werdender Zeitzeugen neu ausrichten. Wir werden den Rahmen schaffen, damit im Laufe der Schulzeit jeder nordrhein-westfälische Schüler und jede nordrhein-westfälische Schülerin die Möglichkeit hat, eine Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus zu besuchen. ■ Rechtsextremismus mit einem Gesamtansatz bekämpfen. An unser integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus werden wir anknüpfen und es anhand einer Evaluation im engen Austausch sowohl mit den staatlichen als auch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren fortschreiben.
CDU	**Wir werden die Attraktivität von Weiterbildungsangeboten erhöhen.** Mit ihren Angeboten in den Bereichen Alphabetisierung und elementarer Grundbildung, der Vermittlung von Sprachkenntnissen für Zugewanderte und Geflüchtete, der beruflichen Qualifizierung im Rahmen des Konzepts des lebenslangen Lernens sowie Maßnahmen der politischen Bildung sind die Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft zu einem tragenden und unverzichtbaren Bestandteil der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft geworden. Die rot-grüne Landesregierung hat es in der Vergangenheit versäumt, die politisch gewollte Ausweitung der Bildungsangebote der verschiedenen Organisationen der Weiterbildung sach- und fachgerecht auszugestalten und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Neben vielen anderen unerwünschten Ergebnissen hat die rot-grüne Landesregierung u. a. zu verantworten, dass Kursleiterinnen und -leiter infolge einer unzureichenden Förderung im Rahmen von Landesprogrammen oftmals nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt werden konnten und können. Die mangelhafte Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen gefährdet die erfolgreiche Bewältigung ihrer wichtigen Aufgaben. ⏩ Wir wollen deshalb für einen verlässlichen Rahmen der Arbeit der Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitutionen in freier Trägerschaft sorgen. Dieser umfasst neben einer angemessenen und projektungebundenen Ressourcenausstattung auch die Dynamisierung der institutionellen Förderung durch das Land. ⏩ Vor allem wollen wir die personellen und räumlichen Ressourcen der Familienbildungsstätten gut und verlässlich absichern. Ferner gilt es, innovative

	Lehrkonzepte in der Erwachsenen- und Familienbildung stärker zu unterstützen und die Initiierung entsprechender Programme der Familienbildung zu fördern. Die Chancen der Digitalisierung müssen auch in der Weiterbildung genutzt werden. ⏩ Speziell streben wir an, für die Integration von Flüchtlingen durch die Weiterbildungseinrichtungen ein Bedarf deckendes Förderprogramm aufzulegen. Mittel aus europäischen Programmen und vom Bund sind dabei einzubeziehen. ⏩ Daneben wollen wir über die kommunalen Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren, die durch den Bund finanziert werden, hinaus den Einrichtungen für Weiterbildung ein Sonderbudget für die individuelle Bildungsberatung zur Verfügung stellen.
GRÜNE	**Weiterbildung** In einer Welt, die von tiefgreifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen geprägt ist, ist Bildung mehr denn je eine Voraussetzung, um das eigene Leben verantwortlich gestalten zu können. Menschen brauchen Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die es ihnen ermöglichen, die vielfältigen Anforderungen im eigenen, im familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Bereich bewältigen zu können. Dazu zählt auch die Mitgestaltung am demokratischen Gemeinwesen. Hier hat Weiterbildung eine zunehmend wichtigere Rolle. Sie bereitet Menschen auf ihre vielfältigen Rollen und Anforderungen vor, sei es als Bürger*innen, ehrenamtlich engagierte Personen, als Eltern, Beteiligte am Wirtschaftsleben, als Nachbarn oder kritische Konsument*innen. Im Zusammenspiel leisten alle Bereiche der Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zum Prozess des lebenslangen Lernens. Weiterbildung muss deshalb als zentraler Baustein im Bildungssystem gestärkt und weiterentwickelt werden. Die größere gesellschaftliche Bedeutung von Weiterbildung ist durch wachsende Aufgaben – etwa in der Grundbildung, in der Beratung und Vernetzung, im offenen Ganztag – hinreichend belegt. Wir wollen die weitere Einbindung der Weiterbildung in die Regionalen Bildungsnetzwerke fördern. Am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit war die Weiterbildung nach Kürzungen massiv unterfinanziert. Die Veränderungsprozesse in der Weiterbildungslandschaft – insbesondere Einsparungen im Haushalt – haben auch dazu geführt, dass die Lage der Beschäftigten in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zunehmend prekär ist. Das Ausmaß atypischer Beschäftigungsformen mit allen negativen Konsequenzen für die Beschäftigten, die Teilnehmer*innen und für den gesamten Sektor der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ist durch Studien vielfach belegt und öffentlich deutlich geworden. *Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010* Wir GRÜNE haben nach der Wahl 2010 die Kürzungen der schwarz-gelben Regierung zurückgenommen und damit den finanziellen Spielraum der Einrichtungen verbessert. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Zuwanderung – vor allem von geflüchteten Menschen – haben wir zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Weiterbildungskonferenz hat mit ihren Empfehlungen von 2012 wichtige Voraussetzungen für eine systematische Fortentwicklung der Weiterbildung geschaffen. Wir haben das dringend notwendige Berichtswesen aufgebaut und einen Landesbeirat für die Weiterbildung eingerichtet. Neben Innovationsmitteln haben wir die Support-Stelle für die Allgemeine Weiterbildung im neuen Landesinstitut QUA-LiS errichtet, um die Qualität der Weiterbildung zu sichern.

	Für die Alphabetisierung und Grundbildung haben wir das „Alphanetz NRW“ gefördert. Wir haben es ermöglicht, dass auch Auszubildende einen Anspruch auf Bildungsurlaub nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz haben. *Weiterbildung stärken* Für uns GRÜNE sind die herausragenden Ziele die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung, insbesondere von bildungsbenachteiligten Zielgruppen und Migrant*innen, sowie der Abbau von Bildungsungerechtigkeiten. Eine aufsuchende Bildungs- und Beratungsarbeit mit enger Anbindung an die Lebenswelten der Adressat*innen, an Lernorte, lokale Gegebenheiten und mit Einbindung von Brückenmenschen bzw. Vertrauenspersonen braucht eine andere Finanzierungsgrundlage. Wir wollen die Weiterbildungsmittel so dynamisieren, wie dies bereits bei Kindertageseinrichtungen geschehen ist, beim Ganztag und beim Jugendfördergesetz. Wir wollen die Fördersystematik umbauen, um mehr Innovationen zu ermöglichen. Neu Zugewanderte mit Kindern haben häufig Probleme, Sprach- und Integrationskurse kontinuierlich zu besuchen. Deshalb wollen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Sprach- und Integrationskursen schaffen. Mehrere Modellprojekte des Landes haben gezeigt, dass eine regionale, trägerneutrale und sozialraumorientierte Weiterbildungsberatung erforderlich ist, die neben den Beratungsstrukturen des Landes zur Beschäftigungsförderung den Zugang zur Weiterbildung und damit die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt erhöhen kann. Wir bauen eine landesweite Weiterbildungsberatung auf, die den regionalen Voraussetzungen und Anforderungen Rechnung trägt. Es liegen verschiedene Konzepte vor (zum Beispiel Weiterbildungslehrer*innen, Tarifvertrag, Mindestlohn), um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken. Wir GRÜNE setzen uns für das Ende von prekärer Beschäftigung in der Weiterbildung ein. Dazu muss die Unterfinanzierung der Einrichtungen beseitigt werden. Bei dem anstehenden Generationenwechsel in den Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ist es unabdingbar, die Professionalität zu erhalten und zu stärken. Es gilt, das Augenmerk zu legen auf Fortbildungen für neue Leitungskräfte und Berufseinsteiger*innen beim pädagogischen und sonstigen Personal, den Wissenstransfer beim Generationenwechsel, die Unterstützung bei Management- und Entwicklungsaufgaben sowie die Unterstützung des Lehr- und Lernprozesses. Für die sprachliche und soziale Integration von Zugewanderten bieten Volkshochschulen, Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung und Weiterbildungskollegs landesweit professionelle Beratung, Begleitung und bedarfsgerechte Bildungsangebote an, bis hin zu externen Prüfungen. Sie haben sich gerade in den letzten beiden Jahren als unverzichtbarer Bestandteil des Bildungswesens in NRW erwiesen. Weitere Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter getragen. Die Träger dieser Maßnahmen müssen sich an das Mindesthonorar in der Weiterbildung halten, um ausgewählt werden zu können, und sollten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbieten. Wir GRÜNE wollen, dass sie hier in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen und Landeseinrichtungen tätig sind, damit alle am selben Strang ziehen. Die Qualitätssicherung von Maßnahmen aller Träger ist gleichwertig zu beurteilen. Alle anerkannten Qualitätstestierungssysteme sind zu berücksichtigen. Unterschiedliche gesellschaftliche, psychosoziale und biografische Faktoren bewirken, dass ein

	Bedarf zum Nachholen von Schulabschlüssen im Bereich der Sekundarstufe I auch nach Durchlaufen des Regelschulsystems besteht. Volkshochschulen und Weiterbildungskollegs bieten dies mit Erfolg seit Jahren an. Mit dem Anstieg der Anzahl junger erwachsener Flüchtlinge ist der Bedarf noch gestiegen. Ziel Grüner Politik muss es sein, den Ausgangsbedingungen der jungen Menschen stärker gerecht werden zu können und damit den Erfolg eines nachträglichen (ersten) Schulabschlusses zu sichern. Wir wollen die Einrichtungen durch multiprofessionelles Personal aktiv unterstützen. Die Organisation der schulischen Ausbildung sollte erwachsenengerechten Prinzipien folgen. Struktur und zeitlicher Rahmen der Lehrgänge werden durch unterschiedliche Module flexibilisiert. Hierzu gehört auch die Möglichkeit von Präsenz- und Selbstlernphasen sowie Wiederholungsmöglichkeiten in Anlehnung an Abitur-online. Wir setzen uns für eine Regelförderung der Schulabschlusslehrgänge und des zentralen Prüfungssystems ein. Wir werden uns auch weiterhin auf Bundesebene dafür starkmachen, dass die Zugangsvoraussetzungen für Weiterbildungskollegs und Abendgymnasien nicht mehr so restriktiv gehandhabt werden müssen. Dies betrifft zum Beispiel die Anerkennung von langfristigen Erkrankungen sowie von prekären Beschäftigungen und die Glaubhaftmachung von Ausbildungs- und Arbeitsnachweisen. Der Bund ist in puncto Weiterbildung gefordert, endlich seiner Verantwortung gerecht zu werden, die Sprach- und Integrationskurse besser zu fördern und die Öffnung der Weiterbildungskollegs für weitere Zielgruppen nicht länger zu behindern. Ohne Zugang zur Sprache kann Integration nicht gelingen! Weiterbildung – das wollen wir GRÜNE: ■ Weiterbildungsmittel dynamisieren ■ prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung beenden ■ Weiterbildung durch multiprofessionelles Personal unterstützen ■ die Qualität der Weiterbildung durch das Landesinstitut QUA-LiS verstärkt fördern ■ den zweiten Bildungsweg an Weiterbildungseinrichtungen stärken und absichern, neue und aufsuchende Formate fördern.
LINKE	**5. Weiterbildung:** *Angebote ausbauen, Personal anständig bezahlen* Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen. Der öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele: zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können. Demgegenüber ist die aktuelle Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde. Sie ist gekennzeichnet durch den Abbau staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der Beschäftigung sowie soziale Selektion der Teilnehmenden. Auch bei öffentlichen Einrichtungen müssen diese Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am Markt' erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten tragen. Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert und der damit verbundene Blick auf die Individualität von Lernprozessen zweckentfremdet, um die Verantwortung für Bildungsteilhabe dem Individuum zuzuschreiben und den Staat zum Zweck der Kostenersparnis weitgehend aus der Verantwortung zu entlassen. (vgl. hier wie im Folgenden: Weimarer Thesen 2012, prekär-Info I/2013 der GEW). Hochgradig gefährdet sind damit die Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die

	tatsächliche Offenheit für alle, wie das NRW-Weiterbildungsgesetz (WbG NRW) es fordert. Dagegen setzen wir die Perspektiven für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen, den örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. <u>Was tun?</u> • Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW) bereitstellen • 1%des Landes-Bildungsbudgets für die Förderung der Weiterbildung aufwenden • langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden •Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung
FDP	**Arbeit, Weiterbildung und Lebenslaufhoheit** Wir Freien Demokraten stehen für eine Gesellschaft ein, in der jeder echte, faire Chancen hat – unabhängig von Herkunft und Umfeld. Wir wollen in NRW die Rahmenbedingungen setzen, um diese Chancen für alle zu gewährleisten. Wir wollen den Menschen die begründete Hoffnung auf sozialen Aufstieg wiedergeben. Jeder soll die Chance erhalten, einer ausfüllenden beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. „Lebenschancen“ im Sinne von Selbstverwirklichung und Teil habe erfordern eine Partizipation am Arbeitsleben und umfassende Lebenslaufhoheit. Denn Arbeit ist mehr als Broterwerb. Neben dem demografischen Wandel und der Globalisierung ist die Digitalisierung ein prägender Faktor für die Arbeitswelt. Unsere Jobs werden sich weiterhin stark verändern, viele Berufe wird es in Zukunft vielleicht gar nicht mehr geben. Gleichzeitig entstehen aber auch zahlreiche neue Berufsbilder – die Arbeit wird uns dabei auch diesmal nicht ausgehen. Die Welle der digitalen Gründungen zeigt schon heute, welche großen Jobpotenziale bestehen. In der digitalisierten Arbeitswelt entstehen neue Tätigkeitsfelder, deren Existenz wir noch gar nicht ahnen. Arbeitsteilung nimmt zu. Präsenz an einem festen Arbeitsplatz verliert tendenziell an Bedeutung. Betriebliches Wachstum und Wünsche von Beschäftigten können viel besser in Einklang gebracht werden. …. •Die Möglichkeit zum Einstieg in den Arbeitsmarkt ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Nur wer diesen erstmals oder wieder geschafft hat, kann durch fortlaufende Qualifikation auch aufsteigen und vorankommen. Deshalb verteidigen wir einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die aktuelle Politik der Großen Koalition im Bund und der rot-grünen Landesregierung in NRW bedeutet hingegen eine Trendumkehr. •„Lebenslanges Lernen“ muss vom Schlagwort zur Realität werden. Dies muss auch auf dem Arbeitsmarkt gezielt unterstützt werden, etwa durch Bildungssparen, Weiterbildung in den Unternehmen sowie eine Steuer- und Arbeitsmarktpolitik, die Weiterbildung auch von Beschäftigten und Selbständigen fördert. Das schafft Aufstiegschancen für jeden jederzeit. Gemeinsam mit den Partnern aus der vielfältigen Weiterbildungslandschaft wollen wir das bestehende Angebot ausbauen und alle Menschen zu kontinuierlicher Weiterbildung ermuntern. •Digitale Arbeitswelten eröffnen neue Freiheiten und Flexibilität. Das muss auch durch deutlich weniger gesetzliche Detailvorgaben abgebildet werden. Maßstab müssen individuelle Lebens- und Arbeitskonzepte sein – und nicht Ideologie und Bürokratie ….
PIRATEN	**Bildung endet nicht mit 18** Eine ebenso große Herausforderung für das Bildungssystem sind die zu uns kommenden Geflüchteten, die das 18. Lebensjahr bereits vollendet haben. Schätzungsweise sind davon 81% wiederum unter 35 Jahre alt. Diesen Menschen

	muss der geeignete Zugang zu Bildung eröffnet werden. Dabei ist der Stand der Vorbildung sehr unterschiedlich und reicht von Menschen ohne Schulabschluss, bis zu Absolventen von Universitäten. Hier muss sowohl an Alphabetisierung, als auch an der Anerkennung existierender Berufsabschlüsse gearbeitet werden. • Wir wollen Bildungsangebote für junge Erwachsene weiter ausbauen und fördern. • Wir setzen uns dafür ein, die kommunalen Integrationszentren als wichtige Schnittstelle für weitere Bildungsplanung strukturell zu stärken. • Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen für junge Erwachsene schaffen um ihnen einen Schulabschluss, eine Ausbildung oder auch das Studium an einer Hochschule zu ermöglichen. **Lebenslanges Lernen stärken** Erwachsenenbildung ist für das digitale Zeitalter unerlässlich. Berufsbilder ändern sich heute und in Zukunft grundlegend. Viele klassische Berufe wird es in einigen Jahren nicht mehr geben. Um diesen Menschen weiterhin Teilhabe am Arbeitsleben und an der Gesellschaft zu ermöglichen ist ein lebenslanges Lernen notwendig. Insbesondere die Fortbildung im Bereich der Anwendung digitaler Inhalte und Umgang mit digitalen Infrastrukturen wird in Zukunft immer wichtiger. Daher setzten wir uns für eine Stärkung der Volkshochschulen und anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen ein. Auch die Unternehmen sollen stärker in die Verantwortung genommen werden.